

Mitwirkung mit Wirkung. Wie findet eine Kultur der Bürgerbeteiligung Eingang in Politik und Verwaltung?

Auftaktveranstaltung der Bertelsmann Stiftung am 9. Februar 2011 in Berlin

Begrüßungsrede

Frank Frick, Director, Programm Zukunft der Beschäftigung/Good Governance, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr verehrte Frau Abgeordnete Roth, sehr geehrte Damen und Herren, herzlich willkommen zur Auftaktveranstaltung „Mitwirkung mit Wirkung“.

“Die meisten Volksvertreter in Deutschland fühlen sich einer Umfrage zufolge weitgehend machtlos und sehen vor allem Bürger als Motor für gesellschaftliche Veränderungen. “Die Abgeordneten sehen ihre Rolle weniger offensive und aktiv, sondern reaktiv. Sie verstecken sich fast vor den Bürgern”, fassen die Professoren Joachim Klewes und Ulrich von Alemann die Ergebnisse der Studie der Stiftung Change Centre und der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf zusammen” (Hannoversche Allgemeine Zeitung, Mittwoch, 9. Februar 2011)

Bürgerbeteiligung ist das Thema des Jahres 2010 und Wutbürger ist das Wort des Jahres 2010. Wutbürger steht für die Empörung in der Bevölkerung, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden. Was wollen die Wutbürger, die in Stuttgart, Gorbach, Hamburg und anderswo auf die Straße gehen? Denkt der Wutbürger nur an sich? Hat er nur das Eigene und das Jetzt im Blick und demonstriert er Deutschland in den Stillstand? Vertritt z. B. Walter Scheuerl, der Initiator des Volksbegehrens gegen die Hamburger Schulreform, nur seine eigenen Interessen als Bildungsbürger? Oder will er auch Verantwortung für andere und für die Zukunft des Landes übernehmen?

Heiner Geißler, eines der **Gesichter des Jahres 2010**, sagt: „Die Leute sind gescheiter, als die politische Klasse es wahrhaben will. Nur fünf Leute haben entschieden, dass in Stuttgart 21 ein Tiefbahnhof gebaut wird. Man kann Politik heute nicht mehr machen wie im letzten Jahrhundert. Die Zeit der Basta-Politik ist vorbei.“

Sebastian Frankenberger, Initiator des Volksbegehrens und das Gesicht des striktesten Rauchverbots im Freistaat Bayern, sagt: „Der Bürger will seine Wählerstimme nicht mehr vier Jahre vergraben sehen. Am Anfang jeder wichtigen Entscheidung muss der Bürger stehen. Denn nur so können Politiker verhindern, dass sich das Gefühl der Ohnmacht auf der Straße entlädt.“

Die direkte Demokratie ist auf dem Vormarsch

Fakt ist, immer weniger Bürger nehmen an Wahlen teil und engagieren sich in politischen Parteien, Gewerkschaften oder den klassischen Interessenverbänden. Immer mehr Bürger wollen jenseits der traditionellen Kanäle mitreden und mitentscheiden. Die direkte Demokratie in Deutschland befindet sich weiter auf dem Vormarsch. Das zeigt die Entwicklung direktdemokratischer Verfahren ganz deutlich. Seit Beginn der 90er Jahre sind **Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene** und **Volksbegehren** auf Landesebene flächendeckend verankert. Bis heute gibt es 5.990

Initiativen für Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene und 250 Initiativen für Volksbegehren. Die Bürgerinnen und Bürger machen immer öfter Gebrauch davon, bei Fragen der Bildung, Kultur, Gesundheit, der Wirtschafts- und Verkehrspolitik.

Die Verfahren richten sich vielfach **gegen die Ergebnisse etablierter Politik**, wie z.B. Gegen die Privatisierung von städtischen Krankenhäusern, gegen die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre, gegen die Photovoltaikanlage oder die neuen Stromleitungen, die den Ökostrom von den offshore-Windparks in die Ballungszentren bringen sollen.

Die Verfahren zeigen, dass Bürger vielfach **reagieren und** mit direktdemokratischen Instrumenten politische Entscheidungen, die auf korrekten demokratischen Wegen zustande gekommen sind, revidieren.

Offensichtlich ist, dass Bürger vielfach unzufrieden mit den politischen **Ergebnissen** sind und mit den traditionellen demokratischen **Verfahren**, wie das Beispiel Stuttgart 21 sehr plastisch gezeigt hat. Die derzeitigen Planungsverfahren sind - das können wir wohl konstatieren - nicht mehr zeitgemäß und schon gar nicht bürgerfreundlich. Sie beziehen die Bürger nicht in der richtigen Art und Weise ein. Für das Einsehen der Unterlagen während der Öffnungszeiten im Amt muss der Bürger Urlaub nehmen, er braucht viel Zeit, um hunderte von Planungsdokumenten durchzuarbeiten, er braucht Expertenwissen, um diese überhaupt zu verstehen und er braucht viel Geduld, um die z. T. über Jahrzehnte hinziehende Planungsphase zu verfolgen.

Geht es auch anders? Wie kann vermieden werden, dass immer mehr Wutbürger auf die Straße gehen und eine Blockadepolitik entsteht oder aus Politik eine Dauerschlichtung wird? Wie können oft komplexe und bisher geschlossene Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse für die Expertise und das Feedback von Bürgern und Betroffenen geöffnet werden? Wie können Prozesse gestaltet werden, die Bürger frühzeitig einbinden und nicht erst, wenn der Bagger vor der Tür steht? Welche Instrumente sind geeignet, die nicht nur Interessensgruppen, sondern die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erreichen?

Brauchen wir neue demokratische Spielregeln? Welche Chancen und Risiken ergeben sich daraus für Regierungen, Parlamente, Verbände und Verwaltung? Machen wir uns nichts vor: wenn wir eine wesentliche Spielregel verändern, verändert sich das ganze System. Und das heisst: es gibt Gewinner und Verlierer. Nehmen wir z.B. an, dass eine Regierung Betroffene direkt einbezieht, dann sind die **Verbände** verschnupft, weil sie doch die Interessen der Betroffenen artikulieren (natürlich repräsentieren sie immer alle Betroffenen und institutionelle Interessen des Verbandes gibt es gar nie nicht). Und die **Opposition** kann plötzlich nicht mehr monieren, dass die Regierung an den Bürgern vorbei regiert, wenn sie diese vorab gefragt und die Bürger vielleicht auch noch mit grosser Mehrheit zugestimmt haben. Aber deshalb ist in der **Regierung** nicht alles nur eitel Sonnenschein, denn der Spielraum zur Durchsetzung von Partialinteressen wird Mausechelpolitik wird deutlich kleiner, wenn Transparenz und Evidenz gefordert sind. Die Mehrwertsteuerentlastung von Hotels hätte es dann vielleicht nicht gegeben. Und Arbeit macht das Ganze auch noch, v.a. in der **Verwaltung**! Man muss z.B. mit den Bürgern reden!!

Sie sehen: eigentlich gibt es nur Verlierer! ... Und dennoch sind **Sie** hier. Warum? Vielleicht weil wir alle ahnen, dass nach Stuttgart 21, Hamburg usw. kein Infrastruktur- oder Reformprojekt mehr so leicht umzusetzen ist. Die Frage also lautet: wie gelingt ein Paradigmenwechsel hin zu einer neuen Kultur der Beteiligung in Politik und Verwaltung?

Wir meinen: **Die Zeit ist reif!** Das Thema Bürgerbeteiligung ist das **Schwerpunktthema der Bertelsmann Stiftung** des Jahres 2011 und wird eines der wichtigsten Themen für uns in den kommenden Jahren bleiben. Mit dem **Reinhard Mohn Preis 2011** „Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken“ suchen wir weltweit nach guten Beispielen, Verfahren und Instrumenten, wie Bürger frühzeitig und wirksam an politischen Entscheidungen teilhaben können. Erstmals werden 12.000 Bürger unter den sieben Finalisten aus fünf Ländern den Preisträger küren. Sie werden uns sagen, welches Projekt und welcher Partizipationsansatz aus ihrer Sicht unsere Demokratie vitalisieren und wo sie selber auch gerne mitwirken wollten.

Und was passiert dann? Wir greifen diese Ansätze in unserem neuen Projekt **„Politik gemeinsam gestalten“** auf und richten uns an Akteure aus Politik und Verwaltung - also an Sie! In den nächsten vier Jahren wollen wir konkrete Möglichkeiten der Umsetzung von Bürgerbeteiligung ausloten und neue Formen und Wege der Partizipation in Modellprojekten erproben. Diese Veranstaltung ist der Auftakt, der erste Baustein für ein kontinuierliches Angebot der Bertelsmann Stiftung zu einem Dialog mit Ihnen zum Thema „Bürgerbeteiligung“. Sie sind herzlich eingeladen, sich an unserem neuen Projekt zu beteiligen.

Einige von Ihnen haben schon erste Erfahrungen mit neuen Partizipationsansätzen gemacht. Ich bin davon überzeugt, je mehr Erfahrung wir auf Landes- und Bundesebene mit neuen Formen direkter Bürgerbeteiligung sammeln, um so eher wird sie selbstverständlicher Bestandteil der politischen Kultur. Widerstände und Vorurteile, die häufig auf Unsicherheiten und Ängsten beruhen, können leichter überwunden werden. Die Pro-Argumente kennen Sie: z.B. können neue Formen der Partizipation Brücken zwischen direkter und repräsentativer Demokratie bauen. Durch die Einbeziehung der Bürger schaffen Sie Transparenz, Sie erhöhen die Qualität von Politik, vergrößern Ihre Legitimationsbasis und Sie können Ihre Angebote besser auf die Bedürfnisse der Bürger abstimmen.

Aber wir möchten Ihnen heute nicht nur Beispiele zeigen, wie Partizipation gelingen kann. Wir möchten Ihnen damit Mut machen, Berührungsängste zu überwinden und sich auf den Weg zu machen. "Mehr Kontrollverlust wagen!" könnte das Motto sein. Denn genau das wollen wir als Veranstalter und ich als Moderator heute tun. Kontrolle verlieren, indem wir Sie einbeziehen. Teilnehmer-Beteiligung. Ja genau: Sie müssen heute richtig mitarbeiten, mit Hirn, Hand und Herz.